

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 241.

Donnerstag, 15. Oktober 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zusteh- gebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe von Aufträgen in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterzahlungsbeilage. Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei: der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die große Aussprache im Reichstag. Schlechte Aussichten für Brüning.

(Berlin. In Ergänzung unseres gestrigen Berichtes über die gestrige Reichstags-Sitzung seien noch folgende Ausführungen mitgeteilt:

Dr. Oberlohren (Deutschn.)

fortfahrend:
Mit den Methoden des Pferdehandels hat die offizielle Presse der Reichsregierung eine falsche Darstellung über die Unterredung des Reichskanzlers mit den nationalsozialistischen Abgeordneten verbreitet. Es wurde geschrieben, die Unterredung habe gezeigt, daß wir zur verantwortlichen Mitarbeit in der Regierung nicht bereit seien. Tatsächlich hat Dr. Brüning mir nur seine neuen Steuerpläne vorgelesen, aber mich nicht gefragt, ob wir in die Regierung eintreten wollen. Hätte er das gefragt, dann hätten wir ihm gesagt, daß wir dazu bereit seien unter der Bedingung, daß die Steuer vollständig herumerlassen wird und die Regierungspolitik sich klar gegen die Sozialdemokratie richtet. Die nachgewiesenen Fälschermethoden der offiziellen Presse stellen haben offensichtlich den Zweck verfolgt, die höchste Stelle im Reich zu täuschen. (Hört! Hört! rechts. Zuruf: Man hat den Reichspräsidenten belogen.)

Die heutige Krise ist verursacht worden durch die übermäßige Vereinnahmung kurzfristiger ausländischer Kredite. Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding ist damals vor den Finanzgewaltigen auf den Knien seines Herzens herumgerutscht (große Heiterkeit), um solche Anleihen zu kriegen. Dr. Brüning hat schon damals vor diesem System gewarnt, aber man hat nicht auf ihn gehört. Man hat ihm fälschlich vorgeworfen, daß er die Inflation wolle, während er tatsächlich gesagt hat, daß wir weder Inflation noch Deflation wollen. Der volle Mißerfolg der ersten Regierung Brüning sprang klar in die Augen. Diese Regierung hat nicht die Wirtschaft angekerbelt, sondern ihre Grundlagen erschüttert durch eine Steuerpolitik, die in geradezu verbrochener Weise die Substanz angreift. Die Arbeitslosigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsverwirklichung der Arbeit haben mit dem Schlichtungswesen, den Schlichtungsstellen und der Unabhängigkeit der Tarifverträge. (Hört! Hört! links.) Die Männer, die wie Durand, Bang und Schacht die schlimmen Folgen der verfehlten Finanzpolitik rechtzeitig gekennzeichnet haben, sind deswegen maßlos angegriffen worden. Wirtschaftliche Vordenker nennt man die Leute, die der Wahrheit eine Gasse bauen (Zustimmung rechts.)

Das französische Regierungsorgan der „Temps“ hat geschrieben, die deutsche Wirtschaftskrise sei auf die wahnsinnige sozialistische Steuerpolitik zurückzuführen.

Die Entscheidung über das Kabinett Brüning hängt nicht vielleicht von sechs Stimmen im Reichstag ab, sondern davon, wann die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, der Regierung die Mittel zur Fortführung der öffentlichen Aufgaben zu liefern.

Der Redner nimmt dann eingehend Dr. Schacht gegen die Angriffe wegen dessen Harzburger Rede in Schutz. Schacht werde von der Linken verfolgt, weil er einen ablehnenden nationalen Standpunkt einnehme und die Wirtschaft der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpft habe. Vor allen Dingen dürfe man nicht vergessen, daß Schacht in Harzburg nicht währungspolitische, sondern kreditpolitische Ausführungen gemacht habe. Den Begriff des wirtschaftlichen Landesverrates gebe es überhaupt nicht. Brüning's Telegraphen-Union habe diese Rede wortgetreu verbreitet, aber die Reichsregierung habe durch ihre Organe verboten, daß diese Ausführungen in den Zeitungen veröffentlicht werden. (Hört! Hört! rechts.) Er, der Redner, richte an die Reichsregierung die Aufforderung, öffentlich festzustellen, ob direkt oder indirekt auf die Zeitungen hinsichtlich des infrimierten Satzes Einfluß genommen worden sei. Der Redner zitiert die Ausführungen Schachts an Hand des Manuskripts, das Schacht in Harzburg vorgelesen hat, und betont dazu, daß die „Frankfurter Zeitung“ schon vorher in ihrem Handelsteil sachlich dasselbe gesagt habe wie Schacht, und zwar unter Beifügung genannter Nachdruckmaterials. Im übrigen sei es eine nicht zu überbietende Insinuation, zu behaupten, auf der Harzburger Tagung sei ein Anlauf zur Herbeiführung der Inflation gemacht worden. Daß die Notverordnungen sämtlich verfassungswidrig seien und aufgehoben werden müßten, könne nur derjenige behaupten, der in marxistischen Gedankenengängen befangen sei (Zuruf des Abg. Thiel (Dt. Volksp.)): „Erk verweigern Sie die Steuern und dann greifen Sie uns wegen der Folgen an!“ Wir brauchen keine Notverordnungen; nötig ist nur, dem Volk Arbeit und Brot zu geben. Den Parteien, die sich mit der nationalen Opposition verbinden wollen, muß ich sagen: die Zeiten der parlamentarischen Kooptation sind vorbei. Entweder finden sie den Weg, wo sie hingehören, oder sie werden vernichtet! (Rufe links: Hört! Hört!

Herr Dingeldey! — Heiterkeit). Es gibt jetzt nur noch die Entscheidung: Nationalistisch oder bolschewistisch (lebh. Beifall rechts).

Abg. Joos (Zentr.)

welt, während Nationalsozialisten und Deutschnationalen den Saal wieder verlassen, den Anspruch der Opposition der Rechte zurück, allein als nationalgefühnt zu gelten. In Harzburg sei der Gedanke einer Volksgemeinschaft sofort dadurch gesprengt worden, daß man allen politisch andersdenkenden Volksgenossen die nationale Gesinnung habe absprechen wollen. Dabei hätten erst kürzlich bei den Abklärungsbesprechungen in Rumänien die deutschen Sozialdemokraten nicht weniger entschieden die Gleichberechtigung Deutschlands verlangt wie die Sozialdemokraten. Der Kanzler, so betont der Redner, hat bei den internationalen Verhandlungen der letzten Monate mit beispielloser Aktivität in diesem Sinne gewirkt, aber die Rechte hat ihn dabei nicht unterstützt, sondern ist ihm in den Rücken gefallen. Es gibt drei Wege, zu politischer Aktivität zu kommen: Nachdenken, Nachfragen und Erfahrung. Nachdenken ist der schwerste, Erfahrung der bitterste Weg. Wir werden abwarten, welchen Weg die Deutschnationalen einschlagen. Jedenfalls ist unserem Volke in dieser Notzeit mit Mahreden nicht zu helfen. Die sogenannte nationale Opposition hat nicht ein einziges Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit aneben können, und auch Harzburg hat darüber keine Aufklärung gebracht. Man scheint Herrn Dr. Dingeldey in der Bauhütte des Dritten Reiches eine subalterne Rolle zuzumuten, wie sie einem Nachfolger Stresemanns nicht gebührt (sehr laut im Ztr.). Harzburg liegt an dem Pfälzischen Radweg, das ist symbolisch! (Heiterkeit) Wir haben die Harzburger Tagung weder als drohenden Welpenk noch als Brockenanstreich betrachtet, sondern eher als Brockenanstreich (erneute Heiterkeit). So ringt man nicht um die Seele des Volkes, wie es Brüning mit seinen nationalsozialistischen Fremdenlegionären in Harzburg getan hat. Diese Kreise wenden sich jetzt gegen den Vorwurf, die Inflation herbeiführen zu wollen. Diese ist allerdings das Schreckgespenst, hinter dem die Gefahr der Bolschewisierung lauert. Sie ist die letzte Rettung leitfertiger Schuldner. Die Harzer Moller, die dort munter ihr Viechen pflücken, sind in der Mauer. Wenn von der nationalen Opposition ein Flugblatt „Brüning regiert — Hitler marschieren!“ ausgegeben wurde, so stimmt das schon: Bei Hitler sitzt es in den Weinen, bei Brüning im Kopf (sehr gut). Das Harzburger Manifest macht zwar eine Anleihe bei der Prämie der Weimarer Verfassung, aber es geht um die Wahrheit herum. Es müßte lauten: „Die nationale Front, einzig in ihren Vorfällen, uneins in ihrem Willen und in ihren Parteigruppen, von dem Willen beseitigt, Ordnung und Umsturz zu fördern, auf den Trümmern ein neues Deutschland aufzubauen, sät den alten Deklamationen keine neue hinzu, sondern begnügt sich damit, sie zu wiederholen.“ (Heiterkeit und Beifall im Zentrum.)

Abg. Baltrusch (Volkspat.)

tritt den Ausführungen der Abg. Oberlohren und Friedlhardt entgegen. Es sei eine ungeheuerliche Verleumdung, wenn die in Harzburg vereinigten Gruppen alle anderen Deutschen als weniger oder gar nicht national bezeichneten. Schacht zurückzuweisen sei auch der Klassenkampf von oben, der sich hinter den antimarkistischen Schlagworten verberge. Der ohne oder gar gegen die Arbeiterklasse regieren oder das Land und Schlichtungswesen zerstückeln wolle, werde eine Einheitsfront der Arbeiter gegen sich haben. Die Arbeitslosigkeit hat ihre Ursachen weniger in innenpolitischen Vorgängen als in internationalen Schwierigkeiten.

Reichsfinanzminister Dietrich

bezeichnet es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das ist aber, so erklärt er, nicht möglich, mit den Mitteln städtischer Neubauten, sondern es kommt darauf an, die Städte aus dem Land umzuheben. Der Minister tritt dann den zahllosen Anträgen entgegen, mit denen Dr. Oberlohren seine Angriffe gegen die Steuerpolitik der Regierung unterstützt hat. Die Vorberechnungen der Regierung über das Steueraufkommen sind allerdings durch die Tatsachen nicht bestätigt worden. Aber beim Einsetzen der Krise im Frühjahr hat kein Mensch in der ganzen Welt die Entwicklung in ihrem ganzen Umfange vorausgesehen können. Das Einkommen aus der Einkommensteuer ist um eine volle Milliarde zurückgegangen. Die deutschnationalen Angriffe wegen der Anleihepolitik sind unberechtigt, denn die jetzt übernommene Anleiheermächtigung kammt noch aus der Zeit, in der die Regierung eine deutschnationalen Führung hatte. Die deutsch-

nationalen Angaben über die Höhe der deutschen Schulden sind unrichtig und können sehr schädlich für Deutschland wirken. Wegen der Verbreitung der Schandrede hat das Pressebüro der Reichsregierung mit der Telegraphenunion gesprochen. Die U. hat dann — das muß ganz offen ausgesprochen werden — die Ausführungen, die Dr. Schacht dort gemacht hat, gemildert. Ich sehe nicht an, zu erklären, daß sich die U. damit ein Verdienst um das deutsche Volk erworben hat.

Der Minister fest sich dann mit den einzelnen Stellen der Schandrede auseinander. (Zuruf v. d. Rot. Ztr.: Diese Rede ist Ihnen sehr unangenehm!) Ja, sie ist mir im Interesse des deutschen Volkes unangenehm. Ich kann die scharfen Worte, mit denen ich am Montag die Ausführungen Schachts verurteilt habe, heute nur in vollem Umfange aufrechterhalten. Das Echo der Auslandspresse zeigt, welche Gefahr dadurch drohte. Man behauptet, wir hätten den Internationalismus zur Grundlage der Staatsregierung gemacht. Wir treiben nur deutsche Politik (Gelächter rechts — Bravo! links und in der Mitte.) Die großen Fragen der heutigen Zeit können nicht auf heute und morgen gelöst werden. Der Politik im luftleeren Raum macht, (stürmische Rufe rechts: „Das sind Ziele“) handelt nicht in nationalem Sinne. (Beifall v. d. Regierungsparteien.) Die Weiterberatung wird dann auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. — Schluß 10 Uhr.

Der heutige Reichstagsbericht befindet sich in der 1. Beilage.

Ausschubarbeiten des Reichstages.

Berlin. (Funkpruch.) Im Reichstag trat heute Donnerstag früh der Volkswirtschaftsausschuss zusammen, um über die vom Reichsrat bereits beschlossene Verlängerung des Abtief-Verbotes für Ralswiek bis Ende 1933 zu beraten. Die anderen Ausschüsse behandelten nur Petitionen.

Vor der Plenarsitzung des Reichstages hielten auch noch die Kommunisten, die Wirtschaftspartei und die Deutschen nationalen Fraktionsitzungen ab.

Schlechte Aussichten für Brüning

Das Landvolk für Mißtrauensanträge

Berlin, 15. Oktober.

Im Reichstag dauerten am Mittwoch die Verhandlungen der kleineren Parteien über ihre Stellungnahme zum Kabinett Brüning an. Von den Führern der Christlich-Sozialen, des Landvolks und der Wirtschaftspartei wurden mehrfach noch Verhandlungen mit dem Reichskanzler gepflogen. Daneben haben auch Fühlungen mit den Vertretern der nationalen Opposition stattgefunden. Nach der Plenarsitzung wurden dann erneut Fraktionsitzungen abgehalten, die bisher aber lediglich beim Landvolk zu einer endgültigen Entschließung geführt haben.

Das Landvolk hat beschlossen, für die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning zu stimmen. Es wird versichert, daß die übergroße Mehrheit der Fraktion dieser Parole folgen werde. Man vermutet in parlamentarischen Kreisen, daß allerdings einige Mitglieder der Fraktion eine andere Haltung einnehmen und voraussichtlich an der Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Im Laufe des Abends fanden weitere Verhandlungen statt. Dabei haben die Vertreter der Landvolkspartei Forderungen gestellt, die sich u. a. auf die Frage einer Handhabung der Devisen beziehen, die die überflüssige Einfuhr unterbindet. Es ist nicht richtig, daß die Forderung der Landvolkspartei sich auf eine Devisensperre bezog. Vielmehr hat man auch in Kreisen der Landvolkspartei durchaus Verständnis dafür, daß sich die Reichsregierung nicht ausschließlich auf die agrarischen Bedürfnisse des Reiches einstellen kann.

Die Wirtschaftspartei hat, wie schon mitgeteilt, ihre Entscheidung auf heute vertagt. Auch bei den Christlich-Sozialen liegt die Stellung noch nicht fest. Ihre Vertreter haben beim Reichskanzler eine ganze Anzahl Wünsche geäußert, die sich nicht nur auf Fragen der Reichspolitik, sondern auch der preussischen Politik beziehen. Heute soll eine neue Bepfugung mit dem Reichskanzler stattfinden.

Die für den Kanzler erwartete Mehrheit wird bei dieser Sachlage vielleicht von wenigen Stimmen abhängen.

Was bringt die Sonnabend-Nummer des Rieser Tageblattes?